

Protokoll

der ordentlichen Bürgerversammlung der Politischen Gemeinde Schänis vom Freitag, 8. April 2005, im Anschluss an die Bürgerversammlung der Schulgemeinde Schänis, 20.55 Uhr, im Mehrzweckgebäude Hof

| | |
|------------------------------|---|
| Vorsitz: | Erich Jud, Gemeindepräsident |
| Protokoll: | David F. Reifler, Gemeinderatsschreiber |
| Stimmberechtigung insgesamt: | 2'359 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger |
| anwesende Stimmberechtigte: | 294 abgegebene Stimmausweise |
| Stimmausweiskontrolle: | Annika Schürch, Solenberg Maseltrangen 63, Rufi Joseph Treppe, Birlig 19, Schänis |
| Stimmenzähler: | Annika Schürch, Solenberg Maseltrangen 63, Rufi Joseph Treppe, Birlig 19, Schänis Alexandra Büsser, Oberbirgstrasse 1, Schänis Agnes Bächler, Steinerriet 647, Schänis |
| Mikrofon: | Peter Schnyder, Warthausen Dorf 448, Schänis |
| Präsenz: | Gemeinderat vollzählig |
| Ende der Versammlung: | 22.50 Uhr |

Die Ankündigung der Bürgerversammlung erfolgte gemäss Art. 45 Abs. 1 des Gemeindegesetzes (sGS 151.2) rechtzeitig.

Einleitung

Mit den nachstehenden Ausführungen eröffnet Gemeindepräsident Erich Jud die heutige Bürgerversammlung:

"Hoher Donnerstag gegen Abend! Die meisten Leute haben bereits Feierabend, bereiten sich auf das Osterfest vor und freuen sich auf ein paar freie Tage. Plötzlich Feuersalarm bei der Raiffeisenbank. Innert kürzester Frist ist die Feuerwehr mit modernstem Einsatzmaterial vor Ort. Ruhig und rasch arbeiten die Feuerwehrleute, der Verkehr auf der Staatstrasse wird einwandfrei geregelt und auch der Hubretter aus Weesen trifft rasch ein. Ein Musterstück einer tadellosen Einsatzorganisation. Fazit: Wir haben eine Feuerwehr auf die man sich verlassen kann. Gratuliere.

Ist die Feuerwehr im Umfeld der Verantwortlichkeiten der Gemeinde das einzig Gute in Schänis, oder können wir noch andere Juwelen finden, habe ich mich gefragt.

Eine nüchterne und ehrliche Analyse über die Entwicklung unseres Schänis insbesondere im letzten Jahr, hat in mir ein tendenziell freundliches Bild entstehen lassen, wenngleich in Zukunft noch einige Probleme oder Problemchen, je nach Sicht der Dinge, gelöst werden müssen.

Am raschesten werden wir unsere Probleme los, wenn wir die vor uns liegenden Aufgaben beherzt an die Hand nehmen. Vorher müssen wir uns aber einig werden, wohin denn die Reise gehen soll. Um die Meinung der Bürgerschaft gefestigt herauszufinden und vor allem damit eine geeinte Gruppe von aktiv mitdenkenden und initiativen Bürgerinnen und Bürgern eine positive Meinungsbildung auch mitträgt und den Gemeinderat bei seinen Entscheiden unterstützt, ist das Projekt „Schänis konkret“ ins Leben gerufen worden.

Ohne noch nicht ausgegorene Detailergebnisse dieser Denkarbeit vorwegzunehmen, sind bereits einige Konturen zu erkennen: Schänis muss weiter wachsen, weil die dafür notwendige Infrastruktur vorhanden ist, Schänis muss offener werden gegenüber Neuem und für Menschen, die nicht unserem ureigensten Zirkel entstammen, Schänis muss reformfreudiger werden.

Am liebsten würde ich mit der Bürgerschaft einen Pakt abschliessen, einen Vertrag des Vertrauens sozusagen: Sie versprechen in diesem Vertrag, nennen wir ihn Fede-ri-Agreement, im Grunde positiv zu denken, notwendige Veränderungen zu unterstützen, wo nötig Altes über Bord zu werfen und nicht mehr zeitgemässe Organisationsstrukturen durch zeitgemässe zu ersetzen helfen. Und der Gemeinderat verspricht Ihnen, im Gegenzug innert nützlicher Frist für ein besseres Steuerklima zu sorgen. Natürlich weiss ich, dass ein solcher Vertrag nicht auf Papier gebracht werden kann. Aber wir könnten auch ungeschrieben danach leben.

Ich weiss, ich werde langsam langweilig, weil ich schon seit Jahren Offenheit und mehr Reform-Freude predige. Aber, meine Damen und Herren, ich weiss in der Tat wovon ich rede. Nur aller kleinste Veränderungen in der Organisationsstruktur der Gemeinde bedeuten für den Gemeinderat tendenziell Ungemach.

'Erich, was willst du dich mit allseits unbeliebten Reformen herumärgern, warte deine Pension ab und überlass' dies deinem Nachfolger', hat mir einer geraten. Dies werde ich aber selbstverständlich nicht tun, denn ob wir ohne Vorurteile vorwärts gehen oder wir uns in erster Linie im Treten-an-Ort üben, hat auch damit zu tun, ob wir mit aller Gewalt eine arme Ausgleichsgemeinde bleiben wollen oder nicht.

Und noch etwas Allgemeines: Wir haben ein ganz praktisches und ebenso geniales System entwickelt. Positive Aspekte des Lebens reserviere ich für mich ganz allein, für alle Unbill des Lebens haben wir gottlob noch die Gemeinde, die Behörden oder ganz einfach die Anderen. Diese Haltung ist in Schänis natürlich keineswegs ausgeprägter als anderswo, es handelt sich hier um ein gesellschaftspolitisches Phänomen."

Begrüssung

Nach diesen einleitenden Worten begrüsst Gemeindepräsident Erich Jud alle Anwesenden freundlich zur heutigen Bürgerversammlung. Er dankt allen, die sich für die politischen Geschehnisse in unserer Gemeinde interessieren.

Einen besonderen Gruss richtet er an seinen Vorgänger, alt Gemeindepräsident Alphons Schwizer, und an alle ehemaligen Gemeinderäte. Aber auch allen, die erstmals an einer Bürgerversammlung teilnehmen, entbietet der Vorsitzende einen herzlichen Willkommengruss. Er hofft, die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger davon überzeugen zu können, dass die Schänner gesprächsbereite Partner und gute Demokraten sind.

Im Sinne eines Rück- und Ausblickes hält Gemeindepräsident Erich Jud im weiteren fest:

"Geschätzte Damen und Herren!

Es würde mich freuen, wenn ich nicht der Einzige bin, der in Schänis derzeit eine gewisse Aufbruchstimmung feststellt, ein Erwachen aus der Lethargie. Die Liegenschaft Eichenhof ist bald überbaut, im Steinen wird ein Mehrfamilienhaus geplant und es gibt Anzeichen, dass sogar Menschen mit einem recht dicken Portemonnaie bei uns und mit uns leben wollen. Letzteres wohl weil die Ansicht an Oberhand gewinnt, dass wir Schänner keine Verhinderer und keine Ausgrenzer, sondern liebenswerte Leute mit grossen Herzen sind.

Diesen neuen Schwung dürfen wir unter keinen Umständen erlahmen lassen, sondern müssen dafür besorgt sein, dass diese Entwicklung an Fahrt gewinnt. Der Gemeinderat ist guten Mutes, dass in diesem Sommer ein weiterer Teilstrassenplan für die Erschliessung eines Grundstückes genehmigt werden kann, Schänis also nach der Erfolgsstory Eichenhof sich auf einem anderen Grundstück weiterentwickeln kann. Die Planungsarbeiten sind bereits im Gange. Zwischenzeitlich ist auch mit aller

Deutlichkeit erwiesen, dass Planspiele wenig nützen und die Gemeinde, will sie Erfolg haben, eine aktive Bodenpolitik betreiben muss.

Seit bald 11 Jahren im Amt, habe ich den lieben Mitbürgerinnen und Mitbürgern noch nie etwas versprochen oder in Aussicht gestellt, nicht den Himmel und keine Steuererleichterungen. Schau' doch ins nahe oder weite Land, habe ich mir gesagt: Erfolgreiche Politiker versprechen ihren Wählern ein besseres Leben mit weniger Steuern. Sir Winston Churchill musste den Briten Blut und Tränen prophezeien, hat dabei in einer schwierigen Zeit ehrlich und fair gehandelt und wurde nach dem zweiten Weltkrieg abgewählt. Heute weiss die Geschichte nur noch Positives von Churchill zu berichten. Die Lehre daraus: Ich habe fast zwingend „Good News“ zu verkünden, was ich gern mache. Und gute Neuigkeiten gibt es in der Tat.

Der Jahresrechnung 2004 und dem Budget 2005 kann entnommen werden, dass Schänis, einmal abgesehen vom indirekten Finanzausgleich der Schulgemeinde, nur 4 bis 5 Prozent der Ausgaben nicht selber berappen kann.

Schänner sind seriöse Realisten und haben sogar ein Quentchen Jammersalz in sich. Objektiv betrachtet dürfen wir hier und heute feststellen, und genau dies habe ich Ihnen noch nie gesagt, dass auch die Gemeinde Schänis in naher Zukunft leise darüber nachdenken darf, das süsse Joch einer Finanzausgleichsgemeinde abzustreifen. Geld fliesst im Jahr 2005 nicht vor allem von St. Gallen nach Schänis, sondern es fliesst in umgekehrter Richtung. Das gute Rechnungsergebnis von 2003 müssen wir mit einer Rückzahlung von 1.6 Mio. Franken büssen.

Sehnlichst wartet der Gemeinderat darauf, was für ein Modell eines neuen Finanzausgleichsgesetzes die Regierung dem Kantonsparlament demnächst einmal vorschlägt. Oder was bezüglich des neuen Finanzausgleichs die nächsten Schritte ganz generell sind. Diesbezüglich ist es sonderbar ruhig geworden. Die Gemeinden, meine ich, müssen sich auf die neuen Verhältnisse vorbereiten können.

Es ist wohl sinnvoller und klüger, eine langfristig ausgelegte Finanzpolitik zu betreiben und damit den Zielsetzungen des Gemeinderates entsprechend, langfristig ein moderates Steuerklima für unsere Gemeinde anzupeilen. Noch rasch zwei-drei Hühner zu schlachten, die goldene Eier legen, nur um dem Gemeinderat in populistischer Manier und nach amerikanischem Muster zu besseren Umfragewerten zu verhelfen, wäre die allerdümmste Strategie.

Was gibt es sonst noch zu sagen? Dass die Bauarbeiten für den ARA-Anschluss an die ARA Glarnerland gut vorankommen und gemäss Endkostenprognose gut 350'000 Franken unter dem Kostenvoranschlag beendet werden können, die generelle Entwässerungsplanung und die Digitalisierung des Vermessungswerkes im 2005 abgeschlossen werden können.

Weiter: Mit der Sanierung des Bahnhofes Ziegelbrücke mit einem gesamten Kostenaufwand von zirka 11 Millionen Franken wird voraussichtlich Mitte Jahr begonnen; wie ich glaube, ein weiterer positiver Impuls für unsere Gemeinde.

Es ist nicht so, dass es nebst Erfolgen nicht auch Probleme und Aufgaben gibt, die einer Lösung harren:

Weil der Gemeinderat bezüglich der zukünftigen Altersheimpolitik nächstens einen Grundsatzentscheid fällen muss und auch will, hat er beim Altersheim wieder die direkte Verantwortung übernommen und Gemeinderat Ruedi Nick als Delegierten bestimmt.

Sobald alle notwendigen Abklärungen getätigt sind, wird der Gemeinderat über die zukünftige Altersheimpolitik mit der Bürgerschaft und den politischen Parteien zusammen an einer Veranstaltung diskutieren. Der Gemeinderat selber informiert sich derzeit nach allen Seiten. Bei der Altersheimpolitik handelt es sich um ein emotionelles Thema; Bürgerschaft und Gemeinderat müssen indessen nach menschlichen, sachlichen und finanziellen Kriterien versuchen, die für unsere Gemeinde beste Lösung zu finden.

Heute muss leider davon ausgegangen werden, dass die Gemeinde im Eichen kein neues Heim bauen darf. Dies nicht nur wegen der hohen Investition, sondern insbesondere weil wir den Bedarfsnachweis nach Sozialhilfegesetz nicht erbringen können und wir auch nicht, falls wir genug Geld hätten und eigenwillig handeln würden, auf die Altersheimliste kämen. Die Krankenkassen müssten demzufolge keine Pflegebeiträge leisten. Ohne diese Beiträge kann ein Alters- und Pflegeheim nicht bestehen.

Eines muss und will ich an dieser Stelle noch festhalten: Die Menschen im Eichen werden menschlich umsorgt, die Altersheimkommission unter der Leitung von alt Gemeinde-Vizepräsidentin Edith Giger hat ihre Verantwortung mit viel Herzblut wahrgenommen, wofür ich im Namen des Gemeinderates ausdrücklich den besten Dank ausspreche.

Nach wie vor eine gedankliche und politische Baustelle ist das Gebäude Rathausplatz 16. Es ist aus heutiger Sicht, ich betone aus heutiger Sicht, nicht mehr so klar, ob es allenfalls nicht doch klüger gewesen wäre, dort aus dem Gemeindehaus ein Rathaus zu machen. Ein Rathaus in Down-Town von Schänis wäre vor allem ein grosser Vorteil, wenn dannzumal ein etwas noblerer Gemeindepräsident als ich es bin dort residieren könnte. Ein Polizeiposten und ein Rathaus, die theoretisch im genannten Gebäude einmal domiziliert sein könnten, ist in manchen Augen sowieso nicht so weit von der heutigen Funktion eines Asylheimes entfernt.

Sorgen macht mir die Entwicklung bei der Sozialen Wohlfahrt: Im Rechnungsjahr haben wir in dieser Kontengruppe zirka 1'200'000 Franken ausgegeben, eine Entwicklung zwar, die mit anderen Gemeinden vergleichbar ist. Vor 15 Jahren haben wir noch lediglich 400'000 Franken ausgeben müssen. Für das Vormundschafswesen mussten nur 2000 Franken ausgegeben werden, ein heute vollständig undenkbares Bild. Eigentlich zeigen aber die Bruttokosten von 4'000'000 Franken ein wahreres Bild der heutigen Situation. Denn grosse Teile der Bruttokosten werden von anderen öffentlichen Institutionen wie anderen Gemeinden, der Arbeitslosen- oder der Sozialversicherung erbracht. Diese unschöne Entwicklung veranschaulicht nicht, dass wir fauler, arbeitunwilliger oder kränker geworden sind, sondern ist das brutale Ebenbild einer Leistungsgesellschaft ohne Raum für Schwächere und weniger gut Bildbare. Punkto Kranksein gibt es eine Ausnahme: Es gibt viel mehr psychisch instabile Menschen, vor allem auch junge Menschen – und dies auch wieder nicht ohne Grund. Denn für viele ist zu Vieles sinnlos geworden.

Kehren wir hier auf den Pfad zurück, der vieles sinnvoll macht: Ich ersuche Sie daher als Mitbürger ohne Angst vor der Zukunft am Bau eines fortschrittlichen Schänis mitzuarbeiten, einengende Fesseln wegzusprennen und mit Freude, freien Gedanken und mit Fantasie das Glück für unsere Gemeinde und das ganz persönliche Glück zu suchen. Lassen wir uns nicht wegen einer Kleinigkeit in Weltuntergangsstimmung bringen."

Bevor er zur Behandlung der traktandierten Geschäfte kommt, dankt Gemeindepräsident Erich Jud allen, die irgendwo und irgendwie dazu beigetragen haben, dass wir in Schänis auch im vergangenen Jahr wieder in geordneten Verhältnissen und gut leben konnten.

Zudem stellt der Vorsitzende fest, dass

- zur heutigen Bürgerversammlung rechtzeitig eingeladen wurde und die Unterlagen mit der Jahresrechnung ebenso rechtzeitig zugestellt wurden;
- die Bürgerversammlung somit rechtskräftig durchgeführt werden kann.

Die Traktandenliste präsentiert sich wie folgt:

1. Jahresrechnung 2004 und Bericht der Geschäftsprüfungskommission
2. Voranschlag und Steuerplan 2005
3. Auflösung des Zweckverbandes und Verkauf der Liegenschaft des Kinderheims "Speerblick" Uznach
4. Kanalisation: Einbau eines Regulierschiebers, Teilerneuerung der Steuerung und Vernetzung der Steuerung mit Glasfaserkabel
5. Einbürgerungen
6. Allgemeine Umfrage

Eine Änderung der Traktandenliste wird nicht verlangt, sie gelangt damit zur weiteren Behandlung.

1. Jahresrechnung 2004 und Bericht der Geschäftsprüfungskommission

Gemeindepräsident Erich Jud verweist auf die ab Seite 43 im Amtsbericht abgedruckte Zusammenfassung der Jahresrechnung 2004 und den auf den Seiten 64 und 65 zu findenden Bericht der Geschäftsprüfungskommission. Ohne gegenteilige Aufforderung geht er davon aus, dass Nichtbelesen der Rechnung gewünscht wird.

Der Vorsitzende erläutert kurz, dass die Rechnung 2004 der Politischen Gemeinde Schänis rund 2 Mio. Franken besser abschliesse als budgetiert. Zu einem grossen Teil sei dieses sehr positive Ergebnis den unerwartet hohen Steuereinnahmen zu verdanken. Nicht ausser Acht zu lassen, seien auch die gegenüber dem Budget niedrigeren Ausgaben von gut 650'000 Franken. Ein Resultat, das nur dank einer effizienten Kostenkontrolle habe erreicht werden können.

Er eröffnet die Diskussion über die Jahresrechnung und den Bericht der Geschäftsprüfungskommission.

Oskar Gmür-Steiner, Lindeli 1361, bedankt sich bei Gemeindepräsident Erich Jud für die einleitenden Worte, insbesondere für seine Zuversicht und seinen Mut für die Zukunft. Der folgenden Aufforderung des Votanten, diesen Dank mit einem Applaus zu bekräftigen, leistet die Versammlung willig Folge.

Des weiteren stellt Oskar Gmür fest, aus der Jahresrechnung seien Investitionen für den baulichen Unterhalt im Altersheim Eichen in der Höhe von rund Fr. 230'000.-- ersichtlich. In diesem Zusammenhang fragt Oskar Gmür an, ob es sich dabei um Aufträge unter Fr. 10'000.-- gehandelt habe, ob eine öffentliche Ausschreibung erfolgt sei und ob sämtliche Aufträge an das einheimische Gewerbe hätten vergeben werden können.

Weiter führt der Votant aus, die Kosten für die soziale Wohlfahrt würden durchschnittlich ein Prozent pro Jahr ansteigen; dies verbunden mit den Fragen, ob diese Entwicklung so weitergehe und ob es sich bei den Verursachern mehrheitlich um Schweizer oder auch um bei uns wohnhafte Ausländer handle.

In seiner Antwort nimmt Gemeindepräsident Erich Jud zuerst zur sozialen Wohlfahrt Stellung: Bezüglich Entwicklung der Ausgaben für die soziale Wohlfahrt sei man weitgehend machtlos. Schänis verfüge über zahlreiche auswärts wohnhafte Ortsbürger. Werde ein auswärts wohnhafter Ortsbürger zum Sozialfall, gelte es für Schänis, die ersten beiden Bezugsjahre finanziell abzudecken. Die weitere Kostenentwicklung im Zusammenhang mit der sozialen Wohlfahrt sei unklar und hänge mit der Entwicklung der Wirtschaft zusammen. Die verwendeten Ausgaben seien in der Jahresrechnung nach Schweizerbürgern und Ausländern gegliedert. Der Anteil an den Ausgaben für Ausländer sei äusserst gering.

Betreffend Altersheim Eichen hält der Vorsitzende fest, es könne davon ausgegangen werden, dass bei Aufwendungen von Fr. 230'000.-- nicht alle Aufträge ein Auftragsvolumen von weniger als Fr. 10'000.-- beinhalteten. Grössere Aufträge hätten

beispielsweise die Erneuerung des Gartens und die Renovation des Aufenthaltsraumes für Pensionäre betroffen. Mit Nachdruck hält Gemeindepräsident Erich Jud fest, dass es sich bei den für diese Arbeiten verwendeten Mitteln nicht um Steuergelder, sondern um Gelder handle, welche die Pensionäre des Altersheimes Eichen mit den zu entrichtenden Taxen finanzierten. Also stehe den Pensionären auch ein gewisses Mindestmass an Komfort zu. Die Vergabe der Aufträge sei nach Möglichkeit innerhalb der Gemeinde erfolgt. Eine Ausnahme stelle beispielsweise die Telefonanlage dar, welche einen speziellen Anbieter erfordert habe. Eine öffentliche Ausschreibung sei aber aufgrund der Auftragsvolumen nicht notwendig gewesen; es sei die Anwendung des Einladungsverfahrens möglich gewesen.

Seine Erläuterungen abschliessend, bedankt sich Gemeindepräsident Erich Jud bei Oskar Gmür für die lobenden Worte.

Da keine weitere Wortmeldung zu verzeichnen ist, folgt die Abstimmung über den ersten Antrag der Geschäftsprüfungskommission:

Die Jahresrechnung 2004 des Gemeindehaushaltes Schänis und der Nebenbetriebe sei zu genehmigen.

Dem Antrag wird ohne Gegenstimme entsprochen.

Gemeindepräsident Erich Jud bedankt sich für die Zustimmung.

2. Voranschlag und Steuerplan 2005

Auch der Voranschlag pro 2005 ist ab Seite 43 zusammen mit der Jahresrechnung jeweils in der rechten Spalte im Amtsbericht publiziert. Der Steuerplan pro 2005 ist auf Seite 57 zu finden.

Mit Verweis auf dieses Zahlenmaterial bemerkt der Vorsitzende, er habe intensiv gesucht, was er der Bürgerschaft an der Bürgerversammlung im Zusammenhang mit dem Budget 2005 besonderes erklären könnte und habe nichts gefunden; dies zumindest was das Budget der Laufenden Rechnung betreffe. Studiere man die Investitionsrechnung auf Seite 54, stelle man auch dort fest, dass es sich bei den Ausgaben vornehmlich um gebundene oder von der Bürgerschaft bereits beschlossene Ausgaben handle, so zum Beispiel für die amtliche Vermessung und den ARA-Anschluss. Eine Million Franken brutto müsse die Gemeinde für die Sanierung des Bahnhofes Ziegelbrücke ausgeben. Mindestens vier Fünftel dieser Bruttoausgaben würden aber vom Amt für öffentlichen Verkehr, den Gemeinden Weesen und Amden sowie den Glarner Gemeinden übernommen. Schänis sei als Standortgemeinde Vertragspartnerin der SBB. Schänis müsse auf jeden Fall daran interessiert sein, dass die Sanierung des Bahnhofes Ziegelbrücke bald Realität werde.

Selbstverständlich stelle uns der Kanton nicht unbeschränkt Mittel zur Verfügung, sondern prüfe den haushälterischen Umgang mit den Ausgleichsgeldern ganz genau. Es sei aber sowohl im Interesse des Kantons wie im Interesse der Gemeinde, alle Aufgaben so zu lösen, dass die Gemeinde eine Zukunft habe.

Das Amt für Gemeinden, die Geschäftsprüfungskommission und der Gemeinderat hätten das Budget 2005 eingehend geprüft und seien davon überzeugt, der Bürgerschaft ein gutes Budget vorlegen zu können.

Gemeindepräsident Erich Jud würde sich freuen, wenn die heutige Bürgerversammlung als oberste und wichtigste Instanz ebenfalls zu diesem Ergebnis käme.

Die Diskussion zum Voranschlag und Steuerplan 2005 wird nicht verlangt.

Es folgt die Abstimmung über den zweiten Antrag der Geschäftsprüfungskommission:

Dem vorliegenden Budget und Steuerplan sei zuzustimmen.

Der Antrag wird ohne Gegenstimme genehmigt.

Die Bürgerschaft kann seitens des Vorsitzenden den Dank für ihr Vertrauen entgegennehmen. Der Gemeinderat werde bestrebt sein, jeden heute bewilligten Franken zum Wohle aller einzusetzen.

Im Anschluss wird auch dem dritten Antrag der Geschäftsprüfungskommission, **den Behörden, Angestellten und allen Gemeindefunktionären sei der beste Dank und die Anerkennung für die geleistete Arbeit auszusprechen**, diskussionslos und ohne Gegenstimme entsprochen, wofür sich der Versammlungsleiter im Namen des Gemeinderates, der Angestellten und der verschiedenen Funktionäre der Gemeinde bestens bedankt.

3. Auflösung des Zweckverbandes und Verkauf der Liegenschaft des Kinderheims "Speerblick" Uznach

Gemeindepräsident Erich Jud erläutert kurz, dass es keinen Zweckverband brauche, um eine Immobilie zu verwalten. Darum solle die Liegenschaft des Zweckverbandes an der Rickenstrasse in Uznach an die Politische Gemeinde Uznach verkauft werden. Als Folge davon könne der Zweckverband aufgelöst werden. Dafür sei die Zustimmung aller Verbandsgemeinden notwendig. Im übrigen verweist der Versammlungsleiter auf das ausführliche Gutachten auf den Seiten 66 bis 70 im Amtsbericht.

Die Versammlung stimmt den beiden Anträgen diskussionslos und ohne Gegenstimme zu:

1. **Der Verkauf der Liegenschaft des Kinderheims "Speerblick" an der Rickenstrasse 19, 8730 Uznach, an die Politische Gemeinde Uznach zu einem Kaufpreis von 400'000 Franken mit einem im Kaufvertrag vereinbarten Gewinnanteilsrecht für die Dauer von 25 Jahren wird genehmigt.**
2. **Der Auflösung des Zweckverbandes Kinderheim "Speerblick" wird zugestimmt.**

4. Kanalisation: Einbau eines Regulierschiebers, Teilerneuerung der Steuerung und Vernetzung der Steuerung mit Glasfaserkabel

Vor seinem Verweis auf die detaillierten Informationen zu diesem Geschäft auf den Seiten 71 bis 75 des Amtsberichtes erklärt der Vorsitzende, dass es sinnlos wäre, sauberes Wasser in die ARA Glarnerland zu pumpen - und zwar aus ökologischen wie auch aus finanziellen Gründen. Eine Abwasser-Zufluss-Steuerung helfe, dies zu vermeiden. Dazu solle ein Regulierschieber eingebaut, alte Steuerungselemente ersetzt und zur Vernetzung der Steuerung ein Glasfaserkabel gezogen werden.

Wichtig: Trotz dieser notwendigen Investition in der Höhe von 385'000 Franken, werde keine Erhöhung der Abwassergebühren notwendig sein.

Die Versammlung stimmt den beiden Anträgen diskussionslos und ohne Gegenstimme zu:

1. **Der Gemeinderat wird beauftragt:**
 - **Für den Zulaufkanal "West" einen Regulierschieber einzubauen;**
 - **die bestehenden Steuerungen in den Regenbecken "Fuchswinkel", "Rufi" und "Maseltrangen" zu ersetzen;**
 - **für die Vernetzung der Steuerung ein Glasfaserkabel in die Kanalsohle einzubauen.**
2. **Für den Einbau des Regulierschiebers, die Teilerneuerung der Steuerung und die Vernetzung der Steuerung wird ein Kredit von insgesamt 385'000 Franken gesprochen.**

5. Einbürgerungen

Ergänzend zu den Ausführungen und Gutachten auf den Seiten 76 bis 83 im Amtsbericht, wendet sich Gemeindepräsident Erich Jud mit nachstehenden Worten an die Bürgerversammlung:

"Ich sage es immer und immer wieder: Frieden und Wohlstand der Zukunft werden davon abhängen, ob es uns gelingt, Menschen aus andern Ländern und Kulturen zu integrieren. Wir müssen diese Menschen davon überzeugen können, nach unseren Wertvorstellungen zu leben (und nicht etwa umgekehrt). Unsererseits dürfen wir keine Politik der Ausgrenzung betreiben, sondern diesen Leuten eine faire Chance bieten. Dabei ist es nicht zwangsläufig so, dass wir Krethi und Plethi einbürgern sollen oder müssen, sondern nur diejenigen, die ihrerseits zu unserem Land eine wirkliche Beziehung haben wollen, die Land und Leute auch ein wenig gern haben.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass gewisse Ausländer- und Integrationsprobleme bestehen. Wir haben meines Erachtens vor allem das Problem, dass wir einerseits Spreu kaum noch von Weizen unterscheiden können und andererseits offensichtlich nicht in der Lage sind, Missbräuche wirksam zu bekämpfen und Rechtsbrecher wieder aus der Schweiz zu verabschieden.

Hand aufs Herz, wenn wir nun jene Menschen, also die Falschen, damit bestrafen, indem wir diese grundlos nicht einbürgern würden, wären wir ungerecht, was absolut nicht zu uns Schännerinnen und Schännern passen würde.

Ich habe gehört, dass man gewisse Bedenken wegen der Anzahl an Einbürgerungen hat: Schmerikon hat weniger Einwohner und hat 32 (im Gegensatz zu Schänis mit 22) eingebürgert, in Uznach sind es 42 Personen. Zu Unrecht grassiert das Gerücht, dass es nun jedes Jahr mehr Bürgerrechtsbewerber geben würde. Tatsache ist, dass wir bis jetzt für nächstes Jahr lediglich ein einziges Gesuch vorliegen haben.

Nicht besonders klug betrachte ich die Entscheide von Walenstadt und St. Gallenkappel, es ist nur eine Verschiebung des Geschäftes. Und ab nächstem Jahr gibt es gemäss Bundesgesetzgebung keine Einbürgerungstaxen mehr, was wiederum nicht ganz im Sinne der Ortsgemeinden sein dürfte.

Ich darf noch hinzufügen, dass alle Beschlüsse der Einbürgerungsräte einstimmig zustande gekommen sind.

Die Personen, die sich heute einbürgern möchten, wurden von verschiedenen Instanzen durchleuchtet. Es handelt sich bei den um die Einbürgerung Nachsuchenden ausnahmslos um Personen, die nichts auf dem Kerbholz haben, also nicht im Strafregister verzeichnet sind, keine Schulden und die Steuern bezahlt haben. So gesehen ist es fast einfacher Gemeinderat oder Gemeindepräsident als Schweizerbürger zu werden. Alle Personen sind zudem sozial und kulturell integriert. Diese Menschen wollen mit uns und bei uns arbeiten und leben.

Nehmen wir doch die um eine Einbürgerung nachsuchenden Menschen auf in unser Boot, das die rauhe See der Zukunft zu queren hat. Und nehmen wir ihr Angebot an,

uns beim Rudern zu helfen. Bei den jungen Leuten, die sich einbürgern lassen möchten, sieht man am Deutlichsten, dass sie ein Teil von uns werden wollen: Sie müssen z.B. auch bei uns ins Militär."

Mit den Hinweisen, dass für alle Einbürgerungswilligen, über deren Gesuch heute abgestimmt wird, die Eidgenössische Einbürgerungsbewilligung vorliege und über jedes Gesuch einzeln abgestimmt und demzufolge über jedes Gesuch einzeln diskutiert werden könne, eröffnet Gemeindepräsident Erich Jud die allgemeine Diskussion zu Traktandum fünf.

Oskar Gmür-Steiner, Lindeli 1361, erkundigt sich danach, ob die um die Einbürgerung nachsuchenden Personen künftig über ein Doppelbürgerrecht verfügen würden, oder diese ihren bisherigen Pass abzugeben hätten. Des weiteren erfragt er, ob die Einbürgerungskandidaten zur heutigen Versammlung eingeladen wurden. Aufgrund ihrer Abbildung im Amtsbericht, habe er einige von ihnen in den Zuschauerreihen erkannt. Die Folgefrage des Votanten lautet dahingehend, ob die seiner Meinung nach im Saal anwesenden Kandidaten zum Zeitpunkt der Abstimmung den Saal zu verlassen hätten. Falls dem so sei, wären gemäss Oskar Gmür auch die Lautsprecher im Foyer zu deaktivieren. Sein Votum abschliessend, möchte Oskar Gmür die Religionszugehörigkeit der zur Einbürgerung anstehenden Personen erfahren.

Gemeindepräsident Erich Jud erläutert, die Bürgerversammlung habe nicht darüber abzustimmen, über wieviele Bürgerrechte die Einbürgerungskandidaten verfügen dürften, sondern ob ihnen das Schweizer Bürgerrecht erteilt werde. In anderen Staaten geltendes Recht könne die Bürgerversammlung Schänis nicht beeinflussen. Die Doppelbürgerschaft sei aber nicht zum voraus gegeben, so hätten beispielsweise die Einbürgerungskandidaten bosnisch-herzegowinischer Nationalität eine Mitteilung des Bundesamtes für Migration erhalten, gemäss vorliegenden Informationen, könnten sie die bisherige Staatsangehörigkeit nicht beibehalten.

Im weiteren hält der Versammlungsleiter fest, dass ein Einbürgerungskandidat gebeten wurde, den Saal zu verlassen. Die Anwesenheit weiterer Kandidaten habe er aber nicht festgestellt.

Schulpräsidentin Silvia Zweifel-Wiesmann, Faad 13, erinnert an die in der Bundesverfassung festgeschriebene Religionsfreiheit. Es stehe der Bürgerversammlung nicht an, jemanden seiner Religionszugehörigkeit wegen nicht einzubürgern.

Auch Gemeindepräsident Erich Jud stellt fest, dass es immer äussert heikel sei, über Religion zu diskutieren, wie dies viele Konfliktherde in verschiedenen Teilen der Welt beweisen würden. Ängste in Zusammenhang mit Muslimen betreffend, weist er auf den entsprechenden Bevölkerungsanteil in Schänis hin, welcher rund 3.3 Prozent betrage.

Elmar Tremp-Fröhlich, Urteilen 14, richtet die Frage an Oskar Gmür, wo denn das Problem liege, wenn eine Person über zwei Staatsangehörigkeiten verfüge. Er kenne viele Auslandschweizer, von denen die meisten zwei Pässe hätten, nämlich einerseits den Schweizer Pass und andererseits den Pass jenes Staates, in dem sie wohnen. Keiner der ihm bekannten Auslandschweizer habe damit ein Problem.

Gemäss Oskar Gmür-Steiner, würden rund 48 Prozent der Schweizer direkt in die EU wollen. EU-Bürger müssten heute bei Einbürgerung ihren ausländischen Pass abgeben. Nach Meinung des Votanten, hätten diejenigen, welche heute eingebürgert würden, damit ein Vorrecht.

Der Votant bestätigt zudem die Aussage von Schulpräsidentin Silvia Zweifel, wonach Religionsfreiheit gewährleistet sei. Er wolle den Bürgern aber klar machen, dass mehr Religionen den Alltag unserer Gesellschaft nicht vereinfachten.

"Die Dringlichkeitsverordnung des Kantons legt die im Einbürgerungsgutachten zwingend anzugebenden Angaben fest", so Gemeindepräsident Erich Jud in seinen erklärenden Worten. Angaben betreffend Religion seien nicht zwingend, aber möglich. Er gibt die Religionszugehörigkeit der Einbürgerungskandidaten wie folgt bekannt:

| | |
|---|--------------------|
| Cali Gacal, Cabdixakiin | muslimisch |
| Moran Rojas, Alejandra | römisch-katholisch |
| Pajic, Mirzet | muslimisch |
| Selimovic-Gojkic, Dzemila | muslimisch |
| Boskovic-Zoric, Rado (mit Ehefrau und Tochter) | orthodox |
| Milovanovic-Birovljevic, Dusan (mit Ehefrau) | orthodox |
| Vasiljevic-Zdrale, Dragomir (mit Ehefrau und Kindern) | orthodox |
| Ammattatelli-Andriulo, Nunzio | römisch-katholisch |
| Ammattatelli, Antonella | römisch-katholisch |
| Latifovic, Enes | muslimisch |
| Sucic-Bajo, Anto (mit Ehefrau und Kindern) | römisch-katholisch |

Elmar Tremp-Fröhlich, bemerkt, er könne den Präsidenten der SVP Schänis, Oskar Gmür, nicht ganz verstehen. Dieser habe kritische Voten formuliert, aber noch nicht definiert, was er damit bezwecke. Gehe es darum, dass er gegen die Einbürgerungen sei, so solle er dies doch offen aussprechen. Persönlich kenne und teile der Votant die Sorgen jener Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen kriminelle Asylbewerber und die Missbräuche im Asylwesen wehren. Es gelte aber, sich davor zu hüten, langjährige und unbescholtene Mitbewohnerinnen und Mitbewohner, um welche es sich bei den Einbürgerungskandidaten handle, mit das Asylrecht missbrauchenden Personen oder gar Verbrechern gleichzusetzen.

Im weiteren stellt Elmar Tremp fest, dass alle vorliegenden Gesuche von unseren einheimischen Einbürgerungsräten eingehend geprüft worden seien und allesamt die gesetzlichen Bestimmungen zur Einbürgerung erfüllten. Er sei der Auffassung, man solle nicht allzu streng sein. Es finde kein Heiligsprechungsprozess statt, sondern eine Diskussion über Einbürgerungen. Man könne nicht verlangen, dass die betroffenen Personen absolut fehlerfrei seien und über die Fähigkeit verfügen, unsere Lan-

deshymne ohne Notenblatt zu singen. Elmar Tremp schliesst sich den seitens der Einbürgerungsräten gestellten Anträgen an. Niemand wolle wohl eine Überfremdung der Schweiz. In diesem Zusammenhang dürfe aber die Kraft unserer Gemeinschaft nicht unterschätzt werden. Wir seien zwar ein kleines, aber starkes Land, welches eine hohe Integrationsfähigkeit aufweise. Die Zustimmung zu den vorliegenden Einbürgerungsgesuchen käme einem Akt von bestverstandenen Patriotismus gleich.

Oskar Gmür-Steiner, führt aus, bis anhin habe er lediglich Fragen gestellt, deren Beantwortung auch erfolgt sei. Im weiteren hält er fest, dass er als Schänner SVP-Präsident kein Rassist sei, sondern integrierte Ausländer am Arbeitsplatz und auch ganz allgemein sehr schätze. Die Masseneinbürgerung, welche aber zur Zeit in Schänis und der ganzen Schweiz betrieben werde, sei aber masslos übertrieben. Die Dringlichkeitsverordnung der Regierung, welche Ende 2006 ablaufe, regle die Einbürgerungen zu einfach und zu kostenneutral. Die Einbürgerungsräte hätten nicht versagt - der Votant genieesse volles Vertrauen zu diesen Personen - aber die Anforderungsprofile und die Bedingungen seien zu wenig hoch. Regierungsrätin Kathrin Hilber habe gesagt, auch einige Schweizer würden diese Bedingungen nicht erfüllen; sie habe sich aber nicht darüber ausgesprochen, was denn mit diesen Schweizern geschehen solle. Das neue Einbürgerungsgesetz ab 2007 werde massive Verschärfungen beinhalten. Wenn mit den Masseinbürgerungen fortgefahren werde, sei in fünf bis sechs Jahren die Zahl der Ortsbürger mit ausländischen Namen grösser als jene mit Schweizer resp. deutschen Namen. Irgendwann sei zudem in Schänis der Bau von Moscheen zu gewärtigen. Oskar Gmür stelle daher den Antrag, nicht allen traktandierten Einbürgerungsgesuchen zu entsprechen.

Gemeindepräsident Erich Jud wiederholt den Hinweis darauf, dass über jedes Gesuch einzeln abgestimmt werde.

Eingangs seinen Ausführungen, gibt Armin Tremp-Brändle, Fuchswinkel Maseltrangen 1014, kund, dass ihn Oskar Gmürs Votum innerhalb der Schulbürgerversammlung beeindruckte, sei es doch auch sein Wunsch, im Schulsekretariat eine Lehrstelle zu schaffen, allerdings ohne das Pensum der Schulpräsidentin zu reduzieren. Die vorangehenden Aussagen von Oskar Gmür zu den Einbürgerungsgesuchen seien für ihn aber in keiner Art und Weise nachvollziehbar. Gmür spreche von Massen. Die vorliegenden Gesuche würden sich aber nicht auf eine Masse, sondern auf einzelne Personen beziehen. Jede einzubürgernde Person sei ein Individium. Als Schreiber einer kleinen Ortsgemeinde seien ihm die Mitglieder der Einbürgerungsräte bekannt. Zusammen mit den Vertretern der politischen Gemeinde hätten diese die Einbürgerungsgesuche und die entsprechenden Personen eingehend geprüft und als für die Einbürgerung geeignet befunden. Ohne dass ein bestimmter Grund genannt worden sei, komme nun aus dem hohlen Bauch heraus die Aussage, nicht alle Personen eigneten sich für die Einbürgerung. Mit diesem Vorgehen desavouiere man nicht nur die in den Einbürgerungsräten vertretenen Ortsverwaltungsräte, sondern auch alle Ortsbürgerinnen und Ortsbürger, welche diese in die Ortsverwaltungen wählten.

Pius Riget-Eberhard, Schwandenstrasse Dorf 1800, ruft die Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer dazu auf, Mut zu ihrer Meinung zu haben - sei dies für oder gegen die Einbürgerungen.

Da im Rahmen der allgemeinen Diskussion zu Traktandum fünf keine weiteren Wortmeldungen zu verzeichnen sind, gelangen die einzelnen Gesuche zur Abstimmung.

a. Einbürgerung von Cabdixakiin Cali Gacal

Antrag des Einbürgerungsrates Schänis-Maseltrangen an die Bürgerschaft

Dem Einbürgerungsgesuch von Cabdixakiin Cali Gacal, Somalischer Staatsangehöriger, geb. 15. März 1982, ledig, wohnhaft in 8718 Schänis, Unterdorf 16, sei zuzustimmen.

Der Antrag des Einbürgerungsrates wird mit 107 Ja-Stimmen gegenüber 114 Nein-Stimmen diskussionslos abgelehnt.

b. Einbürgerung von Alejandra Moran Rojas

Antrag des Einbürgerungsrates Schänis-Maseltrangen an die Bürgerschaft

Dem Einbürgerungsgesuch von Alejandra Moran Rojas, Peruanische Staatsangehörige, geb. 24. November 1961, ledig, wohnhaft in 8718 Schänis, Sandloch 8, sei zuzustimmen.

Bruno Schmid-Navarrete Arreaga, Forrenstrasse 2, hält eingangs seines Votums mit Nachdruck fest, dass er nicht in seiner Funktion als Pastoralassistent spreche, sondern als Stimmbürger. Bei Alejandra Moran Rojas handle es sich um eine Person, welche immer verlauten liess, die Schweizer seien arrogant. Der Gesinnungswechsel, nun selbst zu den Schweizern gehören zu wollen, lasse Fragen offen. Im Gutachten sei zu lesen, die Bewerberin arbeite seit Februar 2004 im Behinderten-Wohnheim Höfli in Wangen SZ. Er stelle in diesem Zusammenhang fest, dass Alejandra Moran Rojas häufig die Stellen wechsele und im Zusammenhang mit arbeiten immer wieder Probleme auftreten würden. Seine Ausführungen abschliessend, entschuldigt sich Bruno Schmid für seine harten Worte.

Gemeindepräsident Erich Jud bemerkt, Frau Moran sei kein Sozialfall.

Rudolf Eicher-Kälin, Grosstein 2, lernte Alejandra Moran gemäss seinen Aussagen als Lehrer ihres Sohnes kennen. In all den Jahren, in denen Alejandra Moran mittlerweile hier lebe, begegne sie ihm immer wieder; dies auch an Konzerten und anderen Anlässen. Es sei ihm unverständlich, warum man gegen ihr Einbürgerungsgesuch sein könne. Alejandra Moran sei immer eine engagierte Mutter gewesen, die sich für ihr Kind eingesetzt und gut mitgearbeitet habe sowie mit der Schule in positivem Kontakt gestanden sei. Als er feststellte, dass sich Alejandra Moran einbürgern lassen wolle, habe sich Rudolf Eicher gefreut.

Othmar Capiaghi, Sandloch 8, sei als Lebenspartner von Alejandra Moran direkt betroffen. Die Gründe für das Votum von Bruno Schmid ortet er in persönlichen Differenzen, die nach seinen Aussagen beständen. Dass sie aber deshalb nicht eingebürgert werden soll, könne er nicht nachvollziehen.

Oskar Gmür-Steiner, Lindeli 1361, erkundigt sich danach, ob dieses Gesuch nicht zurückgestellt werden könne, wenn die betreffende Person derart umstritten sei.

Nach der Auskunft von Gemeindepräsident Erich Jud, hätte man dann nicht auf das Gesuch eintreten dürfen.

Schulpräsidentin Silvia Zweifel-Wiesmann, Faad 13, unterstütze das Votum von Rudolf Eicher. Sie hätte mit Frau Moran in positivem Sinne viele Gespräche geführt und sie wünschte sich, alle Schweizer Eltern würden sich so für ihr Kind einsetzen, wie dies bei der Bürgerrechtsbewerberin der Fall gewesen sei.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen; die Abstimmung wird durchgeführt.

Der Antrag des Einbürgerungsrates wird mit 101 Ja-Stimmen gegenüber 118 Nein-Stimmen abgelehnt.

c. Einbürgerung von Mirzet Paijc

Antrag des Einbürgerungsrates Schänis-Rüttiberg an die Bürgerschaft

Dem Einbürgerungsgesuch von Mirzet Pajic, Staatsangehöriger von Bosnien und Herzegowina, geb. 9. April 1983, ledig, wohnhaft in 8718 Schänis, Oberdorf 13, sei zuzustimmen.

Der Antrag des Einbürgerungsrates wird mit 113 Ja-Stimmen gegenüber 114 Nein-Stimmen diskussionslos abgelehnt.

d. Einbürgerung von Dzemila Selimovic-Gojkic

Antrag des Einbürgerungsrates Schänis-Rüttiberg an die Bürgerschaft

Dem Einbürgerungsgesuch von Dzemila Selimovic-Gojkic, Staatsangehörige von Bosnien und Herzegowina, geb. 4. Januar 1964, verwitwet, wohnhaft in 8718 Schänis, Oberdorf 13, sei zuzustimmen.

Marlise Steiner-Weber, C. Schwitter-Strasse 15, attestiert der Bürgerrechtsbewerberin als ihre Deutschkurslehrerin, sehr gut Deutsch zu lernen. Lerne man die einbürgerungswilligen Personen kennen, bekomme man ohnehin ein ganz anderes Bild; einbürgerungswillige Personen seien gewillt dazu, zur Schweiz zu gehören. Schlussendlich gehe es darum, was für ein Herz wir gegenüber anderen Menschen hätten. Und um Menschen handle es sich nämlich, ob mit einem Schweizer oder einem ausländischen Pass ausgestattet. Wir würden alle zusammen gehören. Die zur Einbürgerung anstehenden Personen hätten sich nichts zu Schulden lassen kommen.

Wenn die Gesuchstellerin noch nicht einmal Deutsch spreche, dürfe man sie keinesfalls einbürgern, so die Meinung von Oskar Gmür-Steiner, Lindeli 1361.

Nach Gemeindepräsident Erich Jud wisse Oskar Gmür ganz genau, dass die Einbürgerungskandidatin sehr gut Deutsch spreche. Es sei im weiteren auch kein Geheimnis, dass es sich bei Dzemila Selimovic um seine Lebenspartnerin handle und Oskar Gmür nähme ja wohl nicht an, dass sie miteinander bosnisch sprächen.

Schulpräsidentin Silvia Zweifel-Wiesmann, Faad 13, sei bewusst, dass alle im Saal ihre demokratischen Rechte wahrnehmen, aber was heute passiere, sei ein Trauerspiel. Wenn sie auf eine herzliche Fürsprache von Marlise Steiner hin das Argument von Oskar Gmür höre, habe sie diesem zu entgegnen, dass Dzemila Selimovic nicht einem Deutschkurs folge, weil sie nicht kommunizieren könne, sondern weil die Optimierung der Schreibkenntnisse ihr Ziel sei. Die Sprecherin selbst habe den ersten Teil des genannten Deutschkurses begleitet. Auch Schweizer würden Schulen und Kurse besuchen; dies nicht weil sie nie eine Schule besuchten, sondern um etwas dazuzulernen.

Urs Schnyder, Dörfli Riet 10, zeigt sich mit dem von seiner Vorrednerin verwendeten Begriff "Trauerspiel" nicht einverstanden. Jeder dürfe seine Meinung sagen. Mancher hätte aber Angst davor, weil von gewissen Personen in den hinteren Rängen dann ein Lästern zu verzeichnen sei. Er habe dies selber erlebt. Im übrigen sei er positiv darüber überrascht, heute wieder einmal mehr nein Stimmende verzeichnen zu können.

Ein kurzer Einschub des Versammlungsleiters: Selbstverständlich sei es ein demokratisches Recht, dass jeder seine Meinung sagen dürfe.

Beatrice Giger, Quellenstrasse 6, könne Silvia Zweifel nur Recht geben; es handle sich um ein Trauerspiel. Die Versammlung habe einen Auftrag zu erfüllen, der ihr von der Bundesverfassung gegeben sei. Die Versammlung nähme ihren Auftrag anstelle einer Behörde wahr, was heisse, dass sie an die in unserer Verfassung festgeschriebenen Grundrechte gebunden sei. Die Verfassung gewährleiste Religionsfreiheit und Rechtsgleichheit. Die Votantin ruft die Versammlung dazu auf, sich dieser Verantwortung bewusst zu sein.

Roger Egger, Solenberg Maseltrangen 55, erklärt, er habe bis Ende der letzten Amtsdauer als Vertreter der politischen Gemeinde den Einbürgerunsräten angehört. Kraft seiner diesbezüglichen Erfahrungen warnt er davor, die Gesuche aus Angst abzulehnen. Die Einbürgerungskandidaten hätten eine Chance verdient; dies unabhängig davon, ob sie in allen Bereichen gleich stark seien wie alle anderen.

Leo Jud-Schallberger, Acker Maseltrangen 2, gibt sein Unverständnis über die heutigen Abläufe kund. Wenn man wolle, finde man bei jedem Einzelnen Fehler. Über gar manchen sei doch schon am Stammtisch diskutiert worden. Es fänden sich immer Leute, welche das Negative hervorheben. Er ermahnt die anwesenden Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, sich ihr Vorgehen genau zu überlegen. Es gehe bei den Einbürgervorlagen nicht einfach um ein Geschäft, sondern um Menschen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen; die Abstimmung wird durchgeführt.

Dem Antrag des Einbürgerungsrates wird mit 156 Ja-Stimmen gegenüber 71 Nein-Stimmen entsprochen:

Die Bürgerschaft stimmt der Einbürgerung von Dzemila Selimovic in Schänis-Rüttiberg SG zu.

e. Einbürgerung von Rado und Cvija Boskovic-Zoric mit Tochter Mariana

In das Einbürgerungsgesuch eingeschlossen sind Rado Boskovic, geb. 23. Oktober 1959, seine Ehefrau Cvija Boskovic-Zoric, geb. 14. Januar 1963, und die gemeinsame Tochter Mariana Boskovic, geb. 6. Juli 1989, alle Staatsangehörige von Bosnien und Herzegowina, wohnhaft in 8718 Schänis, Ziegelhof 3.

Antrag des Einbürgerungsrates Schänis-Rufi an die Bürgerschaft

Dem Einbürgerungsgesuch der Familie Boskovic, wohnhaft in 8718 Schänis, Ziegelhof 3, sei zuzustimmen.

Dem Antrag des Einbürgerungsrates wird mit 114 Ja-Stimmen gegenüber 102 Nein-Stimmen diskussionslos entsprochen:

Die Bürgerschaft stimmt der Einbürgerung von Rado und Cvija Boskovic-Zoric mit Tochter Mariana in Schänis-Rufi SG zu.

f. Einbürgerungsgesuch von Dusan und Volica Milovanovic-Birovljevic

In das Einbürgerungsgesuch eingeschlossen sind Dusan Milovanovic, geb. 27. Juli 1960, und seine Ehefrau Volica Milovanovic-Birovljevic, geb. 9. April 1962, beide Staatsangehörige von Serbien und Montenegro, wohnhaft in 8718 Schänis, Gasterstrasse 12.

Antrag des Einbürgerungsrates Schänis-Rufi an die Bürgerschaft

Dem Einbürgerungsgesuch des Ehepaares Milovanovic-Birovljevic, wohnhaft in 8718 Schänis, Gasterstrasse 12, sei zuzustimmen.

Dem Antrag des Einbürgerungsrates wird mit 160 Ja-Stimmen diskussionslos entsprochen:

Die Bürgerschaft stimmt der Einbürgerung von Dusan und Volica Milovanovic-Birovljevic in Schänis-Rufi SG zu.

Auf eine Anfrage des Vorsitzenden hin, zeigt sich die Versammlung damit einverstanden, auf das Auszählen der Nein-Stimmen zu verzichten, da das absolute Mehr bei 148 Stimmen liegt.

g. Einbürgerungsgesuch von Dragomir und Brankica Vasiljevic-Zdrale mit den Kindern Jelena und Dorde

In das Einbürgerungsgesuch eingeschlossen sind Dragomir Vasiljevic, geb. 1. Januar 1956, seine Ehefrau Brankica Vasiljevic-Zdrale, geb. 6. Juni 1961, und die gemeinsamen Kinder Jelena Vasiljevic, geb. 10. Oktober 1991, und Dorde Vasiljevic, geb.

17. Juli 1993, alle vier Staatsangehörige von Bosnien und Herzegowina, wohnhaft in 8723 Rufi, Neuzaun 1.

Antrag des Einbürgerungsrates Schänis-Rufi an die Bürgerschaft

Dem Einbürgerungsgesuch der Familie Vasiljevic, wohnhaft in 8723 Rufi, Neuzaun 1, sei zuzustimmen.

Regina Zweifel-Grischott, Neuzaun 11, Rufi, teilt der Versammlung mit, dass ihr die Einbürgerung dieser Familie ein grosses Anliegen sei. Sie und ihre Familie wohne in unmittelbarer Nachbarschaft zur Familie Vasiljevic und sie könne bestätigen, dass diese im Quartier bestens integriert sei. Die Votantin findet lobende Worte für Kinder und Eltern. Letztere seien sehr fleissig. Wie viele Bürgerinnen und Bürger auch, würden sie morgens zur Arbeit fahren und abends zurückkehren. Regina Zweifel bittet die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger höflich, die Familie Vasiljevic in Schänis aufzunehmen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen; die Abstimmung wird durchgeführt.

Dem Antrag des Einbürgerungsrates wird mit deutlichem Mehr (170 Ja-Stimmen) entsprochen:

Die Bürgerschaft stimmt der Einbürgerung von Dragomir und Brankica Vasiljevic mit den Kindern Jelena und Dorde in Schänis-Rufi SG zu.

Auf eine Auszählung der Nein-Stimmen wird verzichtet; das absolute Mehr beträgt 148 Stimmen.

h. Einbürgerungsgesuch von Nunzio und Maria Carmela Ammattatelli-Andriulo mit Tochter Lucia Maria

In das Einbürgerungsgesuch eingeschlossen sind Nunzio Ammattatelli, geb. 4. Juni 1954, seine Ehefrau Maria Carmela Ammattatelli-Andriulo, geb. 4. August 1962, und die gemeinsame Tochter Lucia Maria Ammattatelli, geb. 30. Dezember 1999, alle drei italienische Staatsangehörige, wohnhaft in 8718 Schänis, Unterdorf 8.

Antrag des Einbürgerungsrates Schänis an die Bürgerschaft

Dem Einbürgerungsgesuch der Familie Ammattatelli, wohnhaft in 8718 Schänis, Unterdorf 8, sei zuzustimmen.

Dem Antrag des Einbürgerungsrates wird mit deutlichem Mehr (180 Ja-Stimmen) diskussionslos entsprochen:

Die Bürgerschaft stimmt der Einbürgerung von Nunzio und Maria Carmela Ammattatelli-Andriulo mit Tochter Lucia Maria in Schänis SG zu.

Auf eine Auszählung der Nein-Stimmen wird verzichtet; das absolute Mehr beträgt 148 Stimmen.

i. Einbürgerungsgesuch von Antonella Ammattatelli

Antrag des Einbürgerungsrates Schänis an die Bürgerschaft

Dem Einbürgerungsgesuch von Antonella Ammattatelli, Italienische Staatsangehörige, geb. 20. September 1983, ledig, wohnhaft in 8718 Schänis, Unterdorf 8, sei zuzustimmen.

Dem Antrag des Einbürgerungsrates wird mit deutlichem Mehr (196 Ja-Stimmen) diskussionslos entsprochen:

Die Bürgerschaft stimmt der Einbürgerung von Antonella Ammattatelli in Schänis SG zu.

Auf eine Auszählung der Nein-Stimmen wird verzichtet; das absolute Mehr beträgt 148 Stimmen.

j. Einbürgerungsgesuch von Enes Latifovic

Antrag des Einbürgerungsrates Schänis an die Bürgerschaft

Dem Einbürgerungsgesuch von Enes Latifovic, Staatsangehöriger von Serbien und Montenegro, geb. 31. Oktober 1983, ledig, wohnhaft in 8718 Schänis, untere Leimenstrasse 4, sei zuzustimmen.

Dem Antrag des Einbürgerungsrates wird mit 134 Ja-Stimmen gegenüber 100 Nein-Stimmen diskussionslos entsprochen:

Die Bürgerschaft stimmt der Einbürgerung von Enes Latifovic in Schänis SG zu.

k. Einbürgerungsgesuch von Anto und Mira Sucic-Bajo mit den Kindern Nikolina und Marko

In das Einbürgerungsgesuch eingeschlossen sind Anto Sucic, geb. 12. Juni 1954, seine Ehefrau Mira Sucic-Bajo, geb. 16. Oktober 1964, und die gemeinsamen Kinder Nikolina Sucic, geb. 24. April 1987, und Marko Sucic, geb. 26. Februar 1992, alle vier kroatische Staatsangehörige, wohnhaft in 8718 Schänis, Ziegelbrückstrasse 8.

Antrag des Einbürgerungsrates Schänis an die Bürgerschaft

Dem Einbürgerungsgesuch der Familie Sucic, wohnhaft in 8718 Schänis, Ziegelbrückstrasse 8, sei zuzustimmen.

Bezugnehmend auf seine 18jährige Nachbarschaft mit der Familie Sucic, hält Rudolf Eicher-Kälin, Grossstein 2, mit Nachdruck fest, dass die Gesuchsteller sehr gut integriert seien. Wie bereits das Gesuch von Frau Moran liege ihm die Einbürgerung dieser Familie besonders am Herzen. Gerne habe er deshalb dieses Pro-Votum gehalten.

Dem Antrag des Einbürgerungsrates wird mit deutlichem Mehr (173 Ja-Stimmen) entsprochen:

Die Bürgerschaft stimmt der Einbürgerung von Anto und Mira Sucic-Bajo mit den Kindern Nikolina und Marko in Schänis SG zu.

Auf eine Auszählung der Nein-Stimmen wird verzichtet; das absolute Mehr beträgt 148 Stimmen.

6. Allgemeine Umfrage

Roger Büsser-Strassmann, Oberbirgstrasse 1, gelangt mit einer Anfrage betreffend der für die Überführung des Steinerrietkanals im Zusammenhang mit der Anschlussleitung an die ARA Glarnerland gewählten "Omega-Lösung" an den Gemeinderat. Für den Votanten sei diese Art der Ausführung höchst suspekt. Er erkundigt sich, ob die Tauglichkeit bei intensiver Sommersonnenbestrahlung tatsächlich geprüft worden sei. Zufälligerweise sei er bei einer lauen Frühlingssonne vor Ort gewesen und meine, eine Neigung festgestellt zu haben. Zudem verfüge jede Brücke normalerweise über Geländer. Das "Omega" weise keine entsprechenden Vorkehrungen auf, sei aber für Kinder geradezu einladend zum herumtollen.

Als für das Projekt Verantwortlicher gibt Gemeindevizepräsident Rudolf Nick dahingehend Auskunft, als dass die Wetterfestigkeit der "Omega-Lösung" eingehend abgeklärt worden sei. Diese Bauweise sei schon mehrfach angewendet worden, dementsprechend stünden jahrelange Erfahrungswerte zur Verfügung. Überdies werde die Leitung vor Bauvollendung noch zusätzlich abgestützt, ebenso sei auch das Anbringen von Behinderungen vorgesehen, so dass ein Besteigen der Leitung nicht mehr möglich sein sollte.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen verzeichnet.

Gemeindepräsident Erich Jud schliesst die Bürgerversammlung mit einem Wort von Gustav Heinemann:

"Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte."

Die Richtigkeit dieses Protokolls bezeugen:

Der Versammlungsleiter:

Der Protokollführer:

.....
Erich Jud, Gemeindepräsident

.....
David F. Reifler, Gemeinderatsschreiber

Die Stimmenzähler:

.....
Joseph Tremp

.....
Annika Schürch

.....
Alexandra Büsser

.....
Agnes Bächler

In Anwendung von Art. 65 des Gemeindegesetzes (sGS 151.2) wird dieses Protokoll vom 19. April bis 26. April 2005 öffentlich aufgelegt.